



Dr. Markus M. Grabka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

INTERVIEW MIT MARKUS M. GRABKA

»Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander«

1. Herr Grabka, die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Jahren kräftig gewachsen. Inwieweit spiegelt sich dieses Wirtschaftswachstum in der Entwicklung der Einkommen wider? Im Durchschnitt über die gesamte Bevölkerung sind die verfügbaren Haushaltseinkommen nach Inflation gestiegen, aber von dieser Entwicklung haben die Bevölkerungsgruppen je nach Einkommenshöhe unterschiedlich partizipiert.
2. Welche Einkommensgruppen hatten die höchsten und welche die niedrigsten Zuwächse? Die einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung hatten im Zeitraum von 1991 bis 2014 Einkommenszuwächse von etwa 27 Prozent. In den mittleren Einkommensgruppen betrug der Zuwachs über diese fast 25 Jahre gerade einmal neun Prozent. Im Gegensatz dazu haben die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung sogar reale Einkommensverluste erlitten, in einer Größenordnung von etwa minus acht Prozent.
3. Wie sind die Verluste in den unteren Einkommensgruppen zu erklären? Hier ist als dominanter Faktor die Veränderung im Arbeitsmarkt zu nennen. Das betrifft zum Beispiel die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die Zunahme von sogenannter atypischer Beschäftigung in den letzten fast 20 Jahren, eine geringe Nachfrage nach gering qualifizierten Beschäftigten, allerdings auch strukturelle Veränderungen, zum Beispiel die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors.
4. Die Einkommensungleichheit in Deutschland hat in den letzten Jahren stagniert. Rechnen Sie damit, dass die Ungleichheit wieder steigen wird? Es ist richtig, dass wir für die Jahre 2005 bis 2013 eine relative Stagnation der Einkommensungleichheit auf historisch hohem Niveau beobachten können, allerdings gibt es für den aktuellen Rand auch Anzeichen dafür, dass die Einkommensungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen wieder steigt. Es gibt hier unterschiedliche Messzahlen. Unter anderem kann man auch die Armutsrisikoquote heranziehen. Diese weist sowohl auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes als auch auf Basis unserer Daten darauf hin, dass sie derzeit einen Höchststand erreicht hat.
5. Das heißt, die Zahl der Menschen, die in Deutschland unterhalb der Armutsrisikoschwelle liegen, ist gestiegen? Vielleicht sollte man noch einmal kurz den Begriff Armutsrisiko definieren: Das betrifft die Personen, die über weniger als 60 Prozent des mittleren verfügbaren Einkommens verfügen. Das ist in etwa ein Wert für einen Einpersonenhaushalt von aktuell 1 050 Euro pro Monat. Man kann beobachten, dass zwischen Ende der 90er Jahre und 2005 das Armutsrisiko in Deutschland auf damals etwa 14 Prozent und bis zum aktuellen Rand, also 2014, auf nahezu 16 Prozent gestiegen ist.
6. Ist das Armutsrisiko in Ost- und Westdeutschland gleich? Es gilt weiterhin, dass das Armutsrisiko in Ostdeutschland deutlich höher ist als in Westdeutschland. Das ist im Grunde schon seit der Wende so gewesen. Eine Gruppe ist mir in den letzten Jahren besonders aufgefallen, das sind die älteren Menschen in Ostdeutschland im Alter von 65 bis 75 Jahren. Diese hatten um die Jahrtausendwende noch ein geringeres Armutsrisiko als die entsprechenden Personen in Westdeutschland. In den vergangenen zehn Jahren jedoch ist das Armutsrisiko der ostdeutschen Rentner um sieben Prozentpunkte gestiegen. Das heißt, es hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Damit ist auch wieder das Thema Altersarmut in Deutschland angekommen.
7. Wie könnten die Einkommensungleichheit und das Armutsrisiko in Deutschland wirksam bekämpft werden? Der zentrale Faktor ist für mich die Situation am Arbeitsmarkt. Zwar haben wir eine deutliche Abnahme der Arbeitslosigkeit, aber es ist weiterhin so, dass wir im Arbeitsmarkt eine sehr hohe Ungleichheit haben. So sollte zum Beispiel die relativ hohe Zahl von geringfügiger Beschäftigung meines Erachtens zurückgedrängt werden. Man kann auch darüber nachdenken, den Mindestlohn sukzessive leicht anzuheben, was die Bundesregierung zum 1. Januar dieses Jahres ja auch beschlossen hat. Darüber hinaus sollte die steuerlich unterschiedliche Behandlung von Alleinerziehenden insbesondere im Vergleich zu kinderlosen Paarhaushalten reformiert werden, womit auch das Armutsrisiko von Kindern sinken dürfte.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/mediathek



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. WolfPeter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.